



Kompass 2020

Deutschland in den internationalen Beziehungen
Ziele, Instrumente, Perspektiven



Südostasien

Zur Zukunft der deutschen
Außenbeziehungen

Sebastian Bersick & Paul Pasch



Kompass 2020

Deutschland in den internationalen Beziehungen
Ziele, Instrumente, Perspektiven

Mit dem Projekt „Kompass 2020“ leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zu einer Debatte über Deutschlands Ziele, Rolle und Strategien in den internationalen Beziehungen. „Kompass 2020“ begleitet mit Veranstaltungen und Publikationen das Jahr 2007, in dem die deutsche Außenpolitik durch die EU-Ratspräsidentschaft und den Vorsitz bei der G8 besonders im Rampenlicht steht. In rund 30 Einzelartikeln gibt das Projekt einen Überblick über die wichtigsten Themen und Regionen deutscher Außenbeziehungen. Diese Artikel haben dabei alle den gleichen Aufbau: Sie informieren zunächst über die wichtigsten Entwicklungen, die größten Herausforderungen und die zentralen Akteure in den jeweiligen Politikfeldern und Regionen. Der zweite Abschnitt analysiert die bisherige Rolle, die Strategien und die Wahrnehmung deutscher/europäischer Politik. Im Kapitel „Szenarien“ werden plausible, alternative Szenarien entwickelt, die veranschaulichen, welche Entwicklung das Politikfeld oder die Region in den kommenden 15 Jahren nehmen könnte. Im letzten Abschnitt schließlich werden mögliche Ansatzpunkte für die deutsche und europäische Politik formuliert.

Daniel Reichart
Christos Katsioulis
Katrien Klüver

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Entwicklungspolitik
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Tel. +49-30-26935-972
Fax +49-30-26935-959
kompass2020@fes.de
www.fes.de/kompass2020

Südostasien

Zur Zukunft der deutschen Außenbeziehungen

Sebastian Bersick & Paul Pasch



Abstract	2
I. Südostasien zu Beginn des 21. Jahrhunderts	3
I.1 Wirtschaft	3
I.2 Gesellschaft und Demokratie	4
I.3 Politik und Sicherheit	5
I.4 Die Bedeutung der ASEAN für regionale Zusammenarbeit	6
II. Die Politik Deutschlands	10
III. Szenarien – Perspektiven regionaler Entwicklung	13
III.1 Asiatische Gemeinschaft	13
III.2 Asien der Regionen	14
IV. Handlungsoptionen	16
IV.1 Interregionale Politik verstärken	16
IV.2 ASEAN als ein zentraler Partner Europas in Asien	16
IV.3 Eine Public Diplomacy Strategie für Südostasien	16
IV.4 ASEAN-EU-Beziehungen institutionell aufwerten	17
IV.5 Politische Zusammenarbeit intensivieren	17
IV.6 Wirtschaftliche Dimension der Globalisierung gestalten	18
IV.7 Zivilgesellschaft einbinden	18
IV.8 Dialog der Religionen und Kulturen verstetigen	18
IV.9 Soziale Dimension der Globalisierung aufbauen	19
IV.10 Parlamente einbeziehen	19
IV.11 Transatlantische Dimension berücksichtigen	19

Abstract

In den Hauptstädten Südostasiens ist man sich der Fürsprecherrolle bewusst, die die Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit für die Beziehungen zwischen Brüssel und den Staaten der Association of South East Asian Nations (ASEAN) gespielt hat. An diese Tradition gilt es anzuknüpfen unter den Bedingungen von sich verändernden regionalen und globalen wirtschafts- wie sicherheitspolitischen Bedingungen, in der Entwicklungsländer wie die VR China und Indien zu mächtigen Mitspielern werden. Insbesondere liegt es im Interesse der EU und der Bundesrepublik Deutschland, dass die dabei entstehenden Normen und Regeln für das Verhalten von Staaten in Asien kooperative Handlungsmuster zwingend erforderlich machen – anstelle von militärischen. Denn die EU besitzt ein zentrales Interesse an einer friedlichen und wirtschaftlich prosperierenden asiatischen Region.

Vor diesem Hintergrund stellt die ASEAN den wichtigsten Ansprechpartner der EU und Deutschlands dar, um den Kooperations- und Integrationsprozess in Südostasien zu begleiten sowie zu unterstützen. Durch verstärkte Zusammenarbeit und eine stärkere institutionelle Anbindung der EU an die ASEAN können die Europäer ihren gestaltenden Einfluss auf die Integrationsprozesse in Südostasien sowie Ostasien weiterhin gewährleisten und zukünftig erhöhen. Der ASEAN kommt hinsichtlich der Neuordnung der regionalen Architektur Asiens ein wachsendes strategisches Potential zu. Die Effizienz der Zusammenarbeit der ASEAN-Staaten wird jedoch letztlich nicht von den Erklärungen und Dokumenten der ASEAN abhängen, sondern von den Handlungen und der Politik der einzelnen ASEAN-Staaten. Diese gilt es unterstützend zu begleiten. Deutsche Südostasienspolitik ist daher immer im Zusammenhang mit der Rolle und Bedeutung der ASEAN für die Ausgestaltung der gegenwärtigen und zukünftigen Zusammenarbeit und Integration in Ostasien zu sehen.

Gelingt es den ASEAN-Staaten nicht, wie beabsichtigt, ihrer Zusammenarbeit starke neue Impulse zu verleihen, wird auch der ASEAN-EU-Dialog für Europa an strategischer Bedeutung verlieren. Die „strategische Scharnierfunktion“, die die deutsche EU-Ratspräsidentschaft von 2007 der ASEAN zugesprochen hat, resultiert nicht zuletzt aus dem machtpolitischen Gewicht, das dem ca. 560 Millionen Konsumenten umfassenden Markt und dem politischen Akteur ASEAN zukommen kann – als Mitspieler bzw. Teilhaber an den sich neu formierenden Ordnungsstrukturen in Asien und Asien-Pazifik. Keiner der zehn ASEAN-Staaten besitzt für sich genommen die Kapazität, mit den aufstrebenden Staaten VR China oder Indien zu konkurrieren.

Es ist im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, mittels einer proaktiven ASEAN-Politik auf europäischer Ebene auf die weitergehende Entwicklung des asiatischen Regionalismus Einfluss zu nehmen. Der Schwerpunkt dieser neuen Ost-Politik für das 21. Jahrhundert sollte in der gestaltenden Einflussnahme auf (1) Regionalisierungsprozesse in Südostasien und somit auch auf Ostasien und in (2) der institutionellen sowie normativen Konstruktion von Institutionen liegen, die die Interaktion zwischen asiatischen regionalen Akteuren und Deutschland sowie der EU ordnen.

I. Südostasien zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Während sich Südostasien langsam von den Erschütterungen der asiatischen Finanzkrise der Jahre 1997/98, den politischen Veränderungen in der Folge des 11. September 2001, den wiederholten Terroranschlägen in Indonesien, Südthailand und den Philippinen sowie den jüngsten Naturkatastrophen erholt, wird deutlich, dass die meisten Staaten geprägt sind von halbherzigen wirtschaftlichen Strukturreformen und labilen innenpolitischen Verhältnissen. Im Vergleich erscheint die VR China als Heimstätte für Wachstum und wirtschaftliche Stabilität und zieht so Interesse und Investitionen auf sich. Insbesondere stellen die elf südostasiatischen Staaten Burma/Myanmar, Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam und Timor-Leste eine wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich überaus heterogene Region dar.

I.1 Wirtschaft

Obwohl die Finanzkrise von 1997/98 Südostasien schwer traf, haben sich die Volkswirtschaften der meisten ASEAN-Länder seit Anfang des Jahrzehnts erholt. Dem wirtschaftlichen „Boom“ Asiens, der von der VR China und Indien angeführt wird, verdanken im Jahr 2006 auch mittlere und kleine Volkswirtschaften Südasiens ein erhöhtes Wirtschaftswachstum (Vietnam 7,8 %, Laos 9,3 %, Kambodscha 6,3 % Malaysia 6,5 %).

Südostasien auf einen Blick

Bevölkerung: 553,5 Mio.	BIP: 840 Mrd. US\$	BIP pro Kopf: 1.516 US\$
Beispiele für das Pro-Kopf-Einkommen in den einzelnen Ländern:		
Kambodscha: 260 US\$	Malaysia: 3.670 US\$	Singapur: 30.170 US\$
Wirtschaftswachstum in den ASEAN-Ländern:		
2000: 5,9 %	2002: 5,0 %	2005: 5,9 %
Zahl der Menschen unterhalb der (nationalen) Armutsgrenze: 200 Mio.		
Anteil von ASEAN am Welthandel: 6,0 %		

Quelle: ASEAN-Sekretariat, Weltentwicklungsbericht 2005, WTO International Trade Statistics 2006, Bundesagentur für Außenwirtschaft

Das rapide Wirtschaftswachstum hat sich seit der Finanzkrise differenziert. In das Kalkül der global operierenden Unternehmen werden neben den Standortvorteilen der niedrigen Löhne und hohen Wirtschaftswachstumsraten verstärkt Faktoren wie Rechtsunsicherheit, Korruption und andere Formen der Wirtschaftskriminalität einbezogen. Dabei weist Singapur das höchste Bruttosozialprodukt aller südostasiatischen Staaten aus. Trotz autoritärer Regierungsform praktiziert Singapur eine erfolgreiche und weitestgehend transparente Marktwirtschaft und zählt zu den am stärksten deregulierten und privatisierten Volkswirtschaften der Welt. Im Gegensatz zur singapurschen Volkswirtschaft basiert der Reichtum des islamischen Sultanats Brunei auf einträglichem Erdölvorkommen und enormen Erdgasfeldern. Auch Malaysia zählt zu den aufstrebenden Schwellenländern und beabsichtigt bis zum Jahr 2020 ein Industriestaat zu werden. Ebenso ist Thailands Wirtschaft marktwirtschaftlich-liberal orientiert und durch eine starke Rolle des Außenhandels gekennzeichnet. Auf den Philippinen sind zwar die zur aktiven Teilnahme an der Globalisierung erforderlichen Wirtschaftsreformen noch nicht auf den Weg gebracht, niedrige Lohnkosten und das hohe Bildungsniveau tragen jedoch zum Standortvorteil bei und ziehen Auslandsinvestitionen an. Bei einem Wirtschaftswachstum von 5,1 % ist Indonesiens Wirtschaft marktwirtschaftlich ausgerichtet. Es wird jedoch in vielerlei Hin-

sicht von der Regierung beeinflusst; viele große Unternehmen sind noch in Militär- und Staatsbesitz.

Das starke Wirtschaftswachstum in Vietnam beruht überwiegend auf dem Vorteil des Billiglohnstandorts. Jedoch schreckt die vorherrschende rechtliche und bürokratische Unsicherheit potentielle Direktinvestitionen ab und eine Reform des Rechts- und Verwaltungssystems erscheint unumgänglich. Demgegenüber zählen Kambodscha, Laos, Burma/Myanmar und Timor-Leste zu den am wenigsten entwickelten Volkswirtschaften Südostasiens. Nach vier Jahrzehnten Krieg und Bürgerkrieg mit ca. 3 Millionen Opfern der „Roten Khmer“ (1975–1979) scheint sich Kambodscha seit 1997 zu bemühen, den Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie zu finden. Während die laotische Regierung seit 1986 im Rahmen des *New Economic Mechanism* die ehemals planwirtschaftlich organisierte Ökonomie des Landes in eine Marktwirtschaft umzuwandeln versucht und mit der Reform des Rechts- und Verwaltungssystems begonnen hat, besteht das sozialistische Machtpotential immer noch fort. In Kambodscha halten weit verbreitete Korruption der politischen und militärischen Elite des Landes sowie Rechtsunsicherheit ausländische Unternehmen von Direktinvestitionen ab. Die burmesische/myanmarische Militärregierung pflegt insbesondere Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarstaaten Indien und der VR China, die neben Thailand die größten Handelspartner der Militärjunta sind. Die von den Militärs kontrollierte Wirtschaft des Landes ist durch Planlosigkeit, Korruption und einer scheinbar funktionierenden Schattenwirtschaft gekennzeichnet. Timor-Leste ist es seit der Unabhängigkeit von Indonesien im Jahr 2002 noch nicht gelungen, ein stabiles Regierungssystem aufzubauen. Deutschland hatte sich mit einem Sanitätskontingent der Bundeswehr bereits nach der Loslösung Osttimors im Jahr 1999 von Indonesien an der VN-Friedenseinheit INTERFET beteiligt.

Insgesamt ist festzuhalten, dass auf der wirtschaftlichen Ebene eine zunehmende Konkurrenz zwischen Südostasien und der VR China als Produktionsstandort in der Leichtindustrie, im Informations- und Kommunikationstechnologie-Sektor und im Billiglohnbereich zu verzeichnen ist. Auch Vietnam wird zunehmend wichtig als Standort für die Leichtindustrie. In der Folge ist eine Abwanderung von Industrie und Arbeitsplätzen von bisherigen Produktionsorten in Südostasien in die VR China und nach Vietnam zu beobachten. Ferner ist augenfällig, dass, während die wirtschaftliche Entwicklung in Japan und Südkorea eine erhebliche soziale Dividende mit sich brachte, das Wirtschaftswachstum in den südostasiatischen Ländern (mit der Ausnahme von Singapur) nur eine sehr geringe soziale Dividende für die Erwerbstätigen erbrachte.

I.2 Gesellschaft und Demokratie

In diesem Zusammenhang sind ökonomische Entwicklung und politische Liberalisierung für die meisten Länder Südostasiens gleichermaßen Herausforderung und Bedrohung. Nach dem Demokratieindex von Freedom House (2006) hat in Südostasien lediglich Indonesien eine freie demokratische Verfassung. Während die Philippinen, Singapur, Malaysia und Thailand als teilweise frei eingestuft werden, zählen Kambodscha, Laos, Vietnam, Brunei und Burma/Myanmar zur Kategorie der nicht freien Staaten. Schlechte Regierungsführung und schwache Regierungsinstitutionen erzeugen politische Unsicherheit und bergen großes Potential für die Destabilisierung der politischen Systeme. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Gewährleistung der Menschenrechte im Sinne der einschlägigen Vereinbarungen der Vereinten Nationen sind in den meisten Staaten Südostasiens noch im Entwicklungsstadium. Vielmehr haben die praktizierten Formen von Patronage und Klientelismus dazu geführt, dass sich zunehmend kleine, immer reichere und riesige, immer ärmer werdende Schichten gebildet haben. Das soziale Gefälle in und zwischen den Ländern Südostasiens ist entsprechend groß. Während Singapur im

Jahr 2006 ein Pro-Kopf-Einkommen von 30.170 US-\$ erreichte, mussten die Malaysier im Durchschnitt mit 3.670 US-\$ und die Kambodschaner mit 260 US-\$ auskommen.

Die mehr als 550 Millionen Menschen zählende Bevölkerung Südostasiens ist von hoher ethnischer und religiöser Vielfalt geprägt. Vor allem in Burma/Myanmar, Thailand, Malaysia, Singapur und den Philippinen leben einflussreiche ethnische und religiöse Minderheiten. In Burma/Myanmar sind die ethnisch-religiösen Konflikte ein Erbe der britischen Kolonialzeit sowie innenpolitischer Natur. Die gesellschaftliche Ausgrenzung der chinesischen Minderheiten in fast allen Ländern Südostasiens mit Ausnahme der Philippinen scheint auf Vorurteilen und den Neid auf den wirtschaftlichen Erfolg der chinesischen Diaspora zu gründen.

Südostasien hat seit Mitte der 1980er Jahre eine bedeutende politische und wirtschaftliche Entwicklung vollzogen. Staaten wie Singapur, Thailand, Malaysia und Indonesien hatten bis Mitte der 1990er Jahre hohe wirtschaftliche Wachstumsraten, was zu einer Verbesserung des Lebensstandards der Bürger geführt hat. Vietnam, Laos und Kambodscha haben ihre aus der Frontstellung des so genannten Ost-West-Konflikts systembedingte Isolierung überwunden, werben um ausländische Investitionen und beteiligen sich an regionalen und anderen Foren. Lediglich Burma/Myanmar, das gemeinsam mit Laos 1997 dem ASEAN-Verband beitrug, ist nach wie vor politisch isoliert. Wegen des stockenden Demokratisierungsprozesses, der Missachtung von Menschenrechten, dem andauernden Hausarrest von Aung San Su Kyi, Zwangsarbeit und Drogenanbau ist Burma/Myanmar international geächtet. Die EU hat seit 1996 gegen die Militärjunta wiederholt Sanktionen verhängt.

Die meisten Länder Südostasiens erscheinen zunächst politisch relativ stabil. Bis zum unblutigen Militärputsch vom September 2006 praktizierte Thailand 14 Jahre lang parlamentarische Demokratie. Seit 1992 hatte das buddhistische und traditionell monarchische Land seine demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen gefestigt. Es bleibt abzuwarten, wie schnell die Übergangsregierung bereit bzw. in der Lage sein wird, die demokratischen Institutionen des Landes zu rehabilitieren. In Singapur und Brunei sind die autoritären Regime auf Grund des relativen Wohlstandes nach wie vor unangefochten. Die Marcos-Diktatur auf den Philippinen wurde 1986 beendet. Seitdem hat das Land demokratische Strukturen entwickelt. Im Mai 1998 wurde General Suharto in Indonesien nach 32-jähriger Herrschaft zum Rücktritt gezwungen. Kambodscha unterzieht sich seit 1993 einem schwierigen Demokratisierungs- und Versöhnungsprozess. In Malaysia trat Ende 2003 der langjährige Machthaber Mohammed Mahathir ab und weckte viel Hoffnung auf politische und wirtschaftliche Liberalisierung. Politisch und ökonomisch gilt Malaysia als eines der stabileren Länder Südostasiens. Auch Laos und Vietnam haben Transformationsprozesse begonnen. Insbesondere die innenpolitische Situation in Burma/Myanmar ist jedoch weiterhin problematisch, obwohl die von der Militärregierung verkündigte siebenstufige Roadmap der zurzeit einzig mögliche Ausweg aus der politischen Sackgasse sein könnte.

I.3 Politik und Sicherheit

Obwohl in der Region Südostasien über 250 Millionen Muslime leben (davon 95 % in Indonesien, Malaysia und Südthailand), spielt der Islam erst seit den religiös inspirierten Aufständen in den 1970er Jahren in Indonesien und den Philippinen politisch eine Rolle. Traditionell ist der Islam in Südostasien gemäßigt und folgt verschiedenen Schulen; aufgrund der globalen Islam-Renaissance sowie politischer und sozialer Repressionen gewannen Fundamentalisten seit Anfang der 1990er Jahre aber an Zulauf. Am berüchtigtsten ist die indonesische Jemaah Islamiah, die mit terroristischen Mitteln das Ziel

eines südostasiatischen Kalifats verfolgt. Diese Entwicklungen sind von überregionaler sicherheitspolitischer Bedeutung und sind für die Außen- und Sicherheitspolitik der europäischen Staaten von wachsendem Interesse. Sorgen über eine breite islamistische Radikalisierung der moslemisch geprägten Staaten der Region im Gefolge der Anschläge vom 11. September 2001 haben sich bislang nicht nachweisbar bestätigt. Auf Mindanao scheint der Konflikt mit den islamischen Extremisten ein Problem der philippinischen Zentralregierung mit der vernachlässigten und verarmten Peripherie zu sein. Die Aufdeckung von Anschlagsvorbereitungen in Singapur, die Anschläge von Bali und die andauernden Unruhen in Südthailand sowie mögliche personelle Querverbindungen zwischen radikal-islamischen Gruppen in Indonesien, Malaysia und Südthailand kennzeichnen jedoch ernstzunehmende Gefahrenpotentiale.

Das Konfliktpotential des politischen Islam in Indonesien, Malaysia, Südthailand und auf Mindanao (südlichste Inselgruppe der Philippinen) hat seine Wurzeln in der Islamischen Revolution, der Anfang der 1980er Jahre einsetzenden Reislamisierung, den Kriegen in Irak und Afghanistan, den Attentaten vom 11. September 2001 sowie in der Armut ausgegrenzter und vernachlässigter islamischer Minderheiten. Indonesien ist mit über 225 Mio. Einwohnern das größte muslimische Land der Erde. In ihm lebt ein Viertel der Bevölkerung unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Mit dem Sturz des Suharto-Regimes erlebt Indonesien einen demokratischen Neubeginn und eine Phase der inneren Konsolidierung. Dennoch lassen separatistische Tendenzen, eine Reislamisierung sowie die Belastungen wiederkehrender Naturkatastrophen das Regierungssystem labil erscheinen. Der Friedensvertrag von Aceh, dessen Umsetzung erfolgreich von der EU gestützt wurde, scheint allerdings Anlass für neue Hoffnung zu geben. Neben dem Süden Thailands ist auch auf den Philippinen der tendenziell separatistische moslemische Süden immer noch Ausgangspunkt für ethnische Unruhen und Terror. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die fehlenden Strategien zur Armutsbekämpfung in weiten Teilen Südostasiens die legale und illegale Arbeitsmigration, den Drogenhandel und die Prostitution fördern. Extremistische und/oder terroristische Bewegungen rekrutieren größtenteils aus den sozial benachteiligten Schichten. Darüber hinaus bleibt das demografische Wachstum in Südostasien bedrohlich. Es erschwert die Armutsbekämpfung, führt zu stärkerer Ressourcenbeanspruchung und verstärkt Flüchtlingsbewegungen innerhalb der Region. Zudem wächst in den Ländern, in denen das wirtschaftliche Wachstum mit dem demografischen Schritt hält, der Energiebedarf gewaltig. Die Auswirkungen auf den Weltmarkt, die Umwelt und vor allem auf das Klima sind gravierend. Diese Entwicklungen zwingen immer mehr Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Der resultierende Migrationsdruck wird bis nach Europa und dem amerikanischen Kontinent zu einer globalen Herausforderung.

Ebenso sind die Risiken für innerstaatliche Gewaltkonflikte, die aus

- Diskriminierung ethnischer und religiöser Minderheiten (Burma/Myanmar, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand),
- Staatszerfall (Burma/Myanmar, Kambodscha),
- stagnierenden Friedensprozessen (Burma/Myanmar, Indonesien, Philippinen-Mindanao)
- sowie zunehmendem politischen Islam (Indonesien, Malaysia, Südthailand)

entwachsen könnten, relativ hoch.

1.4 Die Bedeutung der ASEAN für regionale Zusammenarbeit

Im Jahr 1967 wurde mit der Schaffung der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) der Grundstein für eine regionale Kooperation und Integration in Südostasien gelegt. Vierzig Jahre ASEAN bilanziert einen durchaus erfolgreichen regionalen Kooperationsprozess, der allerdings weitaus weniger ambitioniert ist als der europäische. Erst

Anfang der 1990er Jahre begannen die in der ASEAN verbundenen Staaten, den Integrationsprozess mit der Schaffung einer Freihandelszone (AFTA) aktiv zu steuern. Zu diesem Zeitpunkt hatten alle ASEAN-Mitglieder einen marktwirtschaftlichen, exportorientierten Pfad eingeschlagen. 1994 wurde zudem das *ASEAN Regional Forum* (ARF) als sicherheitspolitisches Diskussionsforum zwischen Südost- und Ostasien etabliert, wobei auch die USA geschickt einbezogen wurden.

Insgesamt gilt ASEAN, der mit Ausnahme von Timor-Leste und Papua Neuguinea alle zehn südostasiatischen Nationen angehören, als das weltweit erfolgreichste Regionalbündnis nach der EU. Bis 2015 ist geplant, eine Südostasiatische Gemeinschaft mit einer ökonomischen, sicherheitspolitischen und soziokulturellen Säule zu errichten. Eine ASEAN-Charta, die zurzeit vorbereitet wird, sieht keine supranationale Zusammenarbeit vor. Im Rahmen der Charta wird jedoch eine Formalisierung der bisher informell gestalteten Zusammenarbeit beabsichtigt. Darüber hinaus ist die Relativierung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie die Einführung des Mehrheitsbeschlusses in bestimmten Fällen vorgesehen.

Vor zehn Jahren hatten die ASEAN-Staats- und Regierungschefs eine gemeinsame Vision verabschiedet. In dieser erklärten sie, ihre sicherheitspolitische, wirtschaftliche und soziokulturelle Zusammenarbeit bis zum Jahr 2020 zu vertiefen. Die ASEAN-Mitglieder beabsichtigen nicht, ihre zu errichtende Sicherheitsgemeinschaft etwa zu einem „Verteidigungsbündnis, einer militärischen Allianz oder einer gemeinsamen Außenpolitik“¹ zu entwickeln. In dem im November 2004 adoptierten „ASEAN Security Plan of Action“ werden politische und soziale Stabilität, wirtschaftlicher Wohlstand, eine verminderte Entwicklungslücke, Armutsverminderung sowie die Reduzierung der sozialen Unterschiede als notwendige Voraussetzungen der angestrebten ASEAN-Sicherheitsgemeinschaft benannt.

Gleichzeitig nimmt die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der VR China und Südostasien, aber auch zwischen Japan, Südkorea und Indien und Südostasien zu. Die Vereinbarungen und Verhandlungen zur Errichtung von Freihandelsabkommen zwischen den ASEAN-Staaten und einer wachsenden Zahl ihrer Dialogpartner – darunter seit kurzem auch die EU – belegen diesen Trend. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit das immer komplexer werdende Geflecht dieser Handelsabkommen, die zunehmend bilateraler und nicht multilateraler Natur sind, Gemeinschaftsbildungsprozessen entgegenwirken. Sofern man die Zusammenarbeit der ASEAN im sicherheitspolitischen Bereich an der Verhinderung von militärischen Konflikten misst, ist diese von Erfolg geprägt. Kein Konflikt zwischen den Gründungsstaaten der ASEAN wurde mit militärischen Mitteln ausgetragen.

Die in Asien zu beobachtenden Regionalisierungsdynamiken speisen sich im wesentlichen aus dem Aufstieg der VR China, aber zunehmend auch Indiens². Die Rolle, die der ASEAN hierbei von den regionalen Akteuren zugewiesen wird, weist darüber hinaus auf eine Transformation des internationalen Systems hin, welches nicht mehr durch die Interessen und Handlungen der so genannten Triade von Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan erklärt werden kann.³ Vielmehr stellen regionale Organisationen, wie etwa die ASEAN oder die *Shanghai Cooperation Organisation* sowie interregionale Regime wie der ASEM-Prozess und der ASEAN-EU-Dialog, institutionelle Orte für Vergemeinschaftungsprozesse dar. Interregionale Politik und die damit einhergehende Förderung von Gemeinschaftsbildungsprozessen innerhalb einer Region ermöglicht es mittleren und kleineren Staaten nicht nur ihre Unabhängigkeit in ihrer Region gemeinsam zu be-

1] ASEAN Security Community Plan of Action, <http://www.aseansec.org/16827.htm>. Zugriff: 16.06.2006.

2] Zu Indien siehe Wagner, Christian, 'Energie, Sicherheit und Außenpolitik in Indien', SWP-Studie, Mai 2007, <http://www.swp-berlin.org>.

3] Vgl. Thierse, Wolfgang (Hrsg.), Grundwerte für eine gerechte Weltordnung. Eine Denkschrift der Grundwertekommission der SPD zur internationalen Politik, Frankfurt am Main 2003, S. 42.

wahren, sondern auch gemeinsam ihre Zukunftschancen wahrnehmen zu können. Im Voranschreiten von Gemeinschaftsbildungsprozessen drückt sich auch der wachsende Bedarf an Institutionen des *Global and Regional Governance* aus. Das Konzept von Gemeinschaftsbildung ist für so unterschiedlich politisch, wirtschaftlich und soziokulturell verfasste Staaten wie etwa Indonesien, Japan, die VR China, Burma/Myanmar, Singapur und Brunei Darussalam jedoch ein Novum. Im Rückblick auf die letzte Dekade lässt sich sagen, dass mit der asiatischen Finanzkrise von 1997/98 die perzeptive und institutionelle Verknüpfung zweier bis dahin weitestgehend getrennt gedachter Prozesse ihren Ausgang nahm, nämlich der Aufstieg der VR China und der Aufstieg (Ost)Asiens. Diese fundamentale Entwicklung wurde möglich, da die Staaten Südostasiens weder das Verhalten der USA, noch der EU oder des IWF auf die Finanzkrise in Asien als adäquat empfanden. Indem die Regierung der VR China den Renminbi nicht abwertete, bewies Beijing in den Augen der Regierungen der ASEAN ihre Bereitschaft zum verantwortlichen Handeln mit Blick auf den (südost)asiatischen Raum und legitimierte sich als regionale Vormacht in Ostasien. Diese Entwicklung war eine zentrale Voraussetzung für den kurze Zeit später einsetzenden formal institutionalisierten Dialogprozess zwischen den ASEAN-Staaten, der VR China, Japan und der Republik Korea, dem ASEAN+3-Prozess. Den ASEAN-Staaten kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Die Erklärungen der Vorsitzenden beider bisherigen East Asia Summit-Gipfeltreffen betonen, dass die ASEAN der wichtigste Akteur des „Ostasiatischen Kooperationsystems“ ist.

Gleichzeitig zeigte sich, wie weitsichtig die Staaten der ASEAN und allen voran Singapur gehandelt hatten, als sie der französischen und dann der deutschen Regierung Ende 1994 vorschlugen, ein Treffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs zwischen der EU und den ASEAN-Staaten durchzuführen – unter Einbeziehung der VR China, Japans und Südkoreas. Der schließlich 1996 mit dem ersten Gipfeltreffen in Bangkok einsetzende ASEM-Prozess ermöglichte es den ASEAN-Staaten, die Zusammenarbeit mit der EU zu einer Zeit auszubauen, als der ASEAN-EU-Dialog sowohl wegen der asiatischen Finanzkrise als auch aus politischen Gründen - zunächst verhinderte die Ost-Timor-Frage aufgrund eines portugiesischen Vetos, dann der Beitritt Burmas/Myanmars zur ASEAN (1997) die Aufwertung des ASEAN-EU-Kooperationsabkommens aus dem Jahr 1980 - an Dynamik verloren hatte.

Auch im Umgang der Europäer mit den Staaten der ASEAN zeigte sich daher aus Sicht der südostasiatischen Regierungen der Vorteil, den die Institutionalisierung der Kooperation innerhalb Ostasiens mit sich bringt. Dass die im Zuge dessen einsetzende Bereitschaft der ASEAN-Staaten, den ASEAN+3-Prozess als institutionellen Ort von Gemeinschaftsbildungsprozessen in Asien zu begreifen, ursprünglich von Singapur und den übrigen ASEAN-Staaten nicht beabsichtigt war, kann in diesem Zusammenhang nur als Ironie von historischem Ausmaß bezeichnet werden. Denn die ASEAN-Staaten verbanden mit dem ASEM-Prozess auch die Absicht, die „eine Stimme“ der EU, also die insbesondere in handelspolitischen Fragen gefürchtete europäische Phalanx aufzubrechen, indem nicht die EU, sondern die Mitgliedstaaten der EU am ASEM-Prozess teilnehmen sollten. Malaysische Diplomaten bezeichneten die Teilnahme der EU-Kommission und der Präsidentschaft im Rahmen des ASEM-Prozesses etwa als „redundant“. Die während des letzten ASEM-Gipfeltreffens in Helsinki im Jahr 2006 beschlossene Einbeziehung des ASEAN-Sekretariats in den ASEM-Prozess markiert in diesem Zusammenhang daher die grundlegende Neubewertung, der die ASEAN-Staaten ihr Verständnis von interregionaler Politik unterzogen haben.

Insofern ist spätestens seit dem Eintreten der asiatischen Finanzkrise vor zehn Jahren europäische (und insbesondere auch deutsche) Südostasienpolitik immer auch Ostasi-

enpolitik. Diese Einsicht in die sich neu entwickelnde regionale Architektur Ostasiens drückt sich bereits seit 1996 in der Asienpolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten aus. Mit der Teilnahme am ASEM-Prozess haben die Europäer zur Entstehung eines Regimes in Ostasien beigetragen, das die Einbindung der VR China sowie die Einhegung der chinesisch-japanischen Rivalität um die Vormacht in Ostasien ebenso zum Ziel hat wie die Zusammenarbeit zwischen der europäischen und asiatischen Region. Wenn es auch verfrüht wäre, die EU als einen externen Förderator Ostasiens zu bezeichnen, so war es die Kooperation mit Europa im Rahmen des ASEM-Prozesses, die erstmalig die exklusive intraregionale Zusammenarbeit von südostasiatischen und nordostasiatischen staatlichen Akteuren als Gruppe ermöglichte.

Die USA hingegen nehmen im transpazifischen Kontext an asiatischen Regionalisierungsprozessen teil (APEC) und versuchen, die Entstehung eines asienbasierten regionalen Kooperationsmechanismus zu verhindern.⁴ Die Politikanalyse in Washington D.C. beruht auf der Annahme, dass ein asienbasierter Regionalismus von der VR China dominiert werden wird. Eine derartige Entwicklung nehmen die USA als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheitsinteressen wahr. Die Vereinigten Staaten und die EU verfolgen somit unterschiedliche Regionalisierungsstrategien in (Südost)Asien. Beiden Ansätzen ist jedoch gemein, dass wirtschaftliches Wachstum und Stabilität ebenso wie die Demokratisierung aller politischen Systeme eine Grundbedingung für die erfolgreiche Umsetzung von Regionalisierungsstrategien darstellen. Europäische und insbesondere deutsche interregionale Politik weist darüber hinaus einen starken gesellschaftspolitischen Bezug auf, da sie Netze der Zivilgesellschaft, wie etwa Nichtregierungsorganisationen sowie Gewerkschaften, einzubinden vermag. Ein Beispiel hierfür ist die einsetzende Etablierung einer sozialen Dimension im Rahmen des ASEM-Prozesses. Im zehnten Jahr seines Bestehens trafen die Arbeits- und Beschäftigungsminister der ASEM-Staaten erstmals im September 2006 in Potsdam zusammen. Ohne das Zusammenwirken von staatlicher Seite (insbesondere Deutschland, VR China und Vietnam) sowie von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, die den ASEM-Prozess bereits seit 1996 im Rahmen des Asia-Europe Peoples' Forum (AEPF) kritisch begleiten, sowie der Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung hätte das Ministertreffen nicht stattgefunden. Die indonesische Regierung wird ein Folgetreffen im Jahr 2008 ausrichten.

4] Die USA nehmen, ebenso wie die EU, als ein Dialogpartner der ASEAN auch an den *ASEAN Post Ministerial Conference Meetings* (PCM) und dem ARF teil.

II. Die Politik Deutschlands

In den Beziehungen zwischen Südostasien und der EU kommt Deutschland eine besondere Funktion zu.⁵ Insbesondere während der Amtszeit des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher besaßen die ASEAN mit Deutschland einen Fürsprecher, der die Kooperation zwischen den Europäern und der südostasiatischen Region maßgeblich unterstützte. Es war ein deutscher Vorschlag, der im Jahr 1978 – unter deutscher Ratspräsidentschaft – die Institutionalisierung des interregionalen Dialogs zwischen der EG und der ASEAN auf Ministerebene einleitete. Es war ebenso die deutsche Ratspräsidentschaft im Jahr 1994, die dem ins Stocken geratenen Dialog zu einer neuen Dynamik verhalf. Vor diesem Hintergrund sah sich die deutsche Außenpolitik anlässlich ihrer EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2007 besonders gefordert, ihre Südostasienpolitik „den Auswirkungen des erstarkenden Asien auf Deutschland und Europa“⁶ anzupassen.

Als erster EU-Mitgliedstaat hatte die deutsche Regierung im Jahr 1993 ein Asienkonzept vorgestellt. Dieses war ganz auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit und insbesondere den Anschluss der deutschen Wirtschaft an das zu diesem Zeitpunkt ausgerufene „asiatisch-pazifische Jahrhundert“ ausgerichtet. Im Wettbewerb um die Märkte der asiatischen Tiger galt es, sich gegenüber den USA und Japan zu behaupten. Ein Jahr später folgte die erste Asienstrategie der EU. Deutschland hatte europaweit Schrittmacherefunktion bewiesen. Im Zuge der im Jahr 1997 einsetzenden asiatischen Finanzkrise nahm jedoch das Interesse der Europäer an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten Asiens und insbesondere der südostasiatischen Region wieder ab.

Vor diesem Hintergrund umfasst das Interesse der deutschen Außenpolitik an einer Regionalstrategie für Südostasien unterschiedliche Politikbereiche und Instrumente. Für die ASEAN-Staaten stellt die EU den zweitwichtigsten Entwicklungshilfegeber, den zweitwichtigsten Exportmarkt, den drittgrößten Investor und die drittgrößte Importquelle dar.⁷ Die deutsche Außenpolitik betont ihre Aufgaben in der Region insbesondere im Bereich der Demokratieförderung, der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, etwa im Bereich der militärischen Ausbildungsmaßnahmen, sowie der Förderung deutscher Außenwirtschaftsinteressen. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit der südostasiatischen Region zählen die Reduzierung der Armut, zum Beispiel durch die Förderung arbeitsintensiven Wachstums, ländlicher Entwicklung sowie Ernährungssicherung, Gesundheit, Familienplanung, HIV/AIDS-Bekämpfung und Bildung, der Umwelt- und Ressourcenschutz sowie erneuerbare Energien und die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft wie auch Krisenprävention und friedliche Konfliktbeilegung zu den Zielen deutscher Politik.⁸ Obwohl Deutschland keine unmittelbaren sicherheitspolitischen Interessen in Südostasien besitzt, verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die Notwendigkeit zu regionaler Vertrauensbildung und Konfliktprävention in Südostasien zu vermitteln. Die Instrumente zur Förderung der Sicherheitszusammenarbeit in Südostasien sind die dialogbasierte Vermittlung der europäischen respektive deutschen Erfahrungen im Bereich der regionalen Stabilitätssicherung. Diese finden sowohl im militärischen Rahmen (mit Thailand und den Philippinen existieren Generalstabsausbildungsprogramme) als auch in Form von zivilen Ausbildungsprogrammen, Konferenzen zur Krisenprävention und institutionelle Beratung bei der zivilen Kontrolle der Streitkräfte statt. Das Südostasien-

5] Für einen Überblick und Analyse von Geschichte und Gegenwart der Beziehungen zwischen den Staaten Südostasiens und Deutschlands siehe: Rüländ, Jürgen, ‚Südostasien‘, in: Schmidt, Sigmar/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007.

6] Steinmeier, Frank-Walter, ‚Auswirkungen des erstarkenden Asien auf Deutschland und Europa‘. Rede von Bundesminister Steinmeier anlässlich des 49. Jahrestreffens des Tönissteiner Kreises, 27.01.2007, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2007/070127-Asien.html>. Zugriff: 14.01.2007.

7] Vgl. Hilpert, Hanns Günther/Will, Gerhard, ‚China und Südostasien. Auf dem Weg zur regionalen Partnerschaft‘. Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2005, S. 13.

8] Siehe Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Asien-Konzept, September 2001, <http://www.bmz.de/de/laender/regionen/asien/index.html>. Zugriff: 18.02.2007.

konzept der Bundesregierung aus dem Jahre 2002 resümiert, dass „mit wachsendem wirtschaftlichen Gewicht und bei verstärkter Zusammenarbeit [...] die Bedeutung von ASEAN-Staaten auch als Partner bei der internationalen Ordnungspolitik und der Lösung drängender globaler Fragen [...] zunehmen“.⁹ Die Notwendigkeit „von rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Reformen“ einerseits und „das Bedürfnis nach gleichzeitiger Wiederherstellung bzw. Wahrung von Stabilität“ andererseits ist hierbei eine zentrale politische Herausforderung, die den Ausbau regionaler Sicherheitsstrukturen notwendig macht.

Jedoch gelang es nicht, eine Vertiefung des politischen Dialogs herbeizuführen. Weder das 13. EU-ASEAN-Ministertreffen in Vientiane noch das 14. Treffen im Jahr 2003 in Brüssel oder das 15. Ministertreffen im Jahr 2005 in Jakarta brachten einen entsprechenden Durchbruch. Des Weiteren ist die außen- und sicherheitspolitische Bedeutung der EU für die ASEAN-Staaten gering. Zwar ist das Vereinigte Königreich im Rahmen des *Five Power Defense Arrangement* (gemeinsam mit Australien, Neuseeland, Singapur und Malaysia) militärisch in der Region eingebunden. Darüber hinausgehend besitzt Europa in Südostasien keine unmittelbaren sicherheitspolitischen Interessen. Ein konkretes Beispiel für das wachsende sicherheitspolitische Interesse der EU an Asien und einem damit verbundenen Engagement der EU im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Südostasien ist jedoch die Beobachtermission der EU in Aceh vom September 2005 bis Dezember 2006. Sie stellt die erste Mission der EU in Asien im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) dar. Die *Aceh Monitoring Mission* (AMM) diente der Beobachtung der Umsetzung des Friedensabkommens zwischen der Bewegung für ein freies Aceh (GAM) und der indonesischen Regierung.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigte die deutsche Bundesregierung, ihre Ratspräsidentschaft 2007 zu nutzen, um die politischen und sicherheitspolitischen Bindungen mit der ASEAN „maßgeblich auf- und auszubauen“.¹⁰ Während des 16. EU-ASEAN-Ministertreffens in Nürnberg gelang es, diesem Anspruch zu entsprechen. In Nürnberg einigten sich die Konferenzteilnehmer beispielsweise auf den Gebieten der Klimapolitik, der Energiesicherheit und der Terrorismusbekämpfung verstärkt zusammenzuarbeiten. Ein EU-ASEAN-Aktionsplan soll noch in diesem Jahr ausgearbeitet werden.

Dass die Europäer dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien (TAC) beizutreten beabsichtigen und des Weiteren Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (mit Thailand, Singapur und Indonesien) sowie Freihandelsabkommen mit einzelnen ASEAN-Ländern verhandeln bzw. verhandeln werden, zeigt die wachsende Bedeutung, die die EU der Region Südostasien zuspricht. Vor diesem Hintergrund erklärten Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein kambodschanischer Amtskollege in ihrer Funktion als Vorsitzende des Ministertreffens, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und der ASEAN einen „Stützpfiler der strategischen Partnerschaft zwischen Asien und Europa“¹¹ darstellt. Erstmals wurden somit die Beziehungen zwischen der EU und der Region Asien von Regierungsseite als „strategische Partnerschaft“ bezeichnet. Bisher pflegte die EU, wie in der Europäischen Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 beschrieben, den Aus- und Aufbau von strategischen Partnerschaften zu einzelnen Staaten, nämlich den USA, Russland, Japan, der VR China, Kanada, Indien sowie, seit diesem Jahr, zu Brasilien und Südafrika.

9] Auswärtiges Amt (Hrsg.), Aufgaben der deutschen Außenpolitik. Südostasien sowie Australien, Neuseeland und Pazifische Inseln am Beginn des 21. Jahrhunderts, Berlin, Mai 2002, S. 15. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/EU-Asienpolitik-Text.html>. Zugriff: 15.02.2007.

10] Steinmeier, Frank-Walter, a. a. O.

11] Gemeinsame Erklärung der beiden Vorsitzenden des 16. EU-ASEAN-Ministertreffens, Nürnberg, 15. März 2007, Paragraph 1, www.eu2007.de/de/News/download_docs/Maerz/0314-RAA2/0315ASEAN_Cochair.pdf. Zugriff: 15.03.07.

Bereits 2005 hatte der Hohe Beauftragte für die GASP, Javier Solana, festgestellt, dass die EU „so eng wie möglich“ mit den ASEAN-Staaten kooperieren möchte, da Europa gegenüber Ostasien „bedeutende strategische Interessen“ sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht besitze.¹² Die Ergebnisse des 16. EU-ASEAN-Ministertreffens sind Ausdruck dieses neuen strategischen Interesses der Europäer an Südostasien. Die seitens der deutschen Bundesregierung getroffene Aussage, dass der Kooperation mit den ASEAN-Staaten eine „strategische Scharnierfunktion“ zukommt, da die ASEAN-Staaten eine „wichtige Drehscheibe“ im asiatisch-pazifischen Raum darstellen, ist in diesem Kontext zu bewerten.

Gleichwohl ist das Wissen um die besondere Rolle deutscher Außenpolitik in Südostasien und der Bedeutung der EU als Akteur in der Region nur einer kleinen Wissenselite in Asien bekannt. Erste Ergebnisse einer sich noch in der Durchführung befindlichen Studie, die im Auftrag der *Asia-Europe Foundation* (ASEF) die Wahrnehmung der EU in asiatischen Medien untersucht (in der VR China, Singapur, Thailand, Hong Kong und der Republik Korea), zeigen, dass über die EU in den Massenmedien, wenn überhaupt, nur am Rande berichtet wird.¹³ In den beiden südostasiatischen Staaten Singapur und Thailand wird sie zudem als nicht relevant für die nationale Politik wahrgenommen. Jedoch wird die EU zunehmend auch als internationaler politischer Akteur dargestellt und somit nicht mehr einseitig als reine Wirtschaftsmacht, sondern als wirtschaftlicher und politischer Akteur. Das Gesicht der EU in den asiatischen Massenmedien ist das des Hohen Repräsentanten der GASP Javier Solana, gefolgt von Peter Mandelsons, dem Handelskommissar der Europäischen Kommission. Gleichzeitig sind es Berichte über die EU-3, Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich, die EU-bezogene Inhalte in den Massenmedien Fernsehen und Tageszeitung vermitteln. Die Untersuchung warnt vor den Folgen von Fehlwahrnehmungen in Asien, die sich aus der fehlenden Berichterstattung über die EU und ihre wachsende wirtschaftliche, politische sowie sicherheitspolitische Rolle insbesondere für die Beziehungen im EU-ASEAN- und ASEM-Kontext ergeben können. Die daraus hervorgehenden Chancen aufgrund der geringen Erwartungserhaltung auf der asiatischen Seite, welche aus der mangelnden Berichterstattung resultiert, würden nicht genützt. Daraus bedingtes inadäquates Wissen über die EU kann darüber hinaus zu unangemessenen politischen Entscheidungen führen.

12] Solana, Javier, The European Union and South East Asia, *Asia-Europe Journal*, 4/2005, S. 451-452.

13] Vgl. Holland, Martin, The European Union through the Eyes of Asia: a comparative study of media perceptions, paper presented at the ASEF Cultures & Civilisations Dialogue Programme Lecture Tour, 11.-22. September 2006, www.asef.org. Vergleiche auch eine Studie der China Foreign Affairs University, die das – sehr begrenzte – Wissen von chinesischen Studenten im Bereich der asiatisch-europäischen Zusammenarbeit untersuchte. Siehe: Zhu Liqun, The Perception of ASEM in China, in: Sebastian Bersick/Wim Stokhoff/Paul van der Velde (Hrsg.), *Multiregionalism and Multilateralism. Asian-European Relations in a Global Context*, Amsterdam 2006, S. 157-173.

III. Szenarien – Perspektiven regionaler Entwicklung

III.1 Asiatische Gemeinschaft

Im Jahr 2020 ist es den ASEAN-Staaten gelungen, ihre 1997 erklärte Vision für Südostasien umzusetzen. Die Vergemeinschaftung der ASEAN erfährt eine neue Qualität. Wie im ASEAN Concord II aus dem Jahr 2003 vorgesehen, gelingt die Gründung einer ASEAN-Gemeinschaft, die sich aus einer sicherheitspolitischen, einer wirtschaftlichen und einer soziokulturellen Säule zusammensetzt. Die erfolgreiche Integration innerhalb der ASEAN ermöglicht eine ökonomische und rechtliche Harmonisierung, die die sukzessive Angleichung der unterschiedlichen Entwicklungsniveaus zwischen den einzelnen ASEAN-Staaten, zu denen nunmehr auch Timor-Leste und Papua Neuguinea zählen, ermöglicht. Auch die damit einhergehende Verbesserung des Ausbildungsniveaus, die Einführung sozialer Sicherungssysteme, die Integration von Gender Mainstreaming sowie der Aufbau von Good-Governance-Strukturen bedingen die Stabilisierung und den Ausbau des Standortvorteils der Region.

Die Entwicklung einer ASEAN-Gemeinschaft, die bereits 2015 erfolgreich etabliert wurde, hatte darüber hinausgehend einen katalysatorischen Effekt auf Gemeinschaftsbildungsprozesse in Asien. Die Gemeinschaft der ASEAN wurde zum Motor einer sich bildenden asiatischen Gemeinschaft.

Die Außenpolitik der EU und Deutschlands fördern diese Entwicklung im Rahmen des ASEAN-EU-Dialogs durch die Einrichtung einer gemeinsamen Freihandelszone und auf der Grundlage existierender Instrumente wie der *Trans-Regional EU-ASEAN Trade Initiative* (TREATI), der *Regional EU-ASEAN Dialogue Initiative* (READI) und dem *ASEAN-EU Programme for Regional Integration Support* (APRIS). Auch im Rahmen des ASEM-Prozesses fördert die europäische Seite die Einbindung der ASEAN durch ASEM-Initiativen, die von der Europäischen Kommission und dem ASEAN-Sekretariat federführend umgesetzt werden. Beide Akteure tragen auf diese Weise aktiv zum Abbau der institutionellen Asymmetrie zwischen den beiden Partnerregionen Asien und Europa bei. Die sich im Zuge dessen verstärkenden Identitätsbildungsprozesse auf asiatischer Seite bewirken darüber hinaus die weitergehende Integration Indiens in ostasiatische Gemeinschaftsbildungsprozesse. Die offizielle Aufnahme Indiens in den ASEM-Prozess im Jahr 2008 trug hierzu ebenso erfolgreich bei. Aufgrund der wachsenden Kooperation innerhalb der ASEAN+4 nimmt die wechselseitige Abhängigkeit auf allen Politikfeldern stetig zu. Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich dafür ein, dass Integrationsprozesse nicht auf die wirtschaftliche Sphäre begrenzt bleiben, sondern auch im gesellschaftspolitischen und sicherheitspolitischen Raum stattfinden.

Im Zuge dieses Prozesses entwickelt sich eine Selbstbindung der regionalen Vormächte VR China, Indien und Japan durch Einbindung in den *East Asian Summit* unter Einbeziehung Australiens. Diese wurde möglich, nachdem sich der ASEAN+3-Prozess auf Drängen der ASEAN-Gemeinschaft um Indien zum ASEAN+4-Prozess erweitert hatte. Im Verlauf dessen wurde die ursprünglich strikte Unterscheidung zwischen Kooperation in einem ausschließlich ostasiatischen Rahmen (ASEAN+3) und Kooperation in einem asiatischen Rahmen (*East Asia Summit*) auch seitens der VR China als hinfällig erachtet. Beijings Interesse an einem friedlichen regionalen Umfeld in Asien und Japans Interesse, an den Vorteilen der chinesischen und indischen Wirtschaftsentwicklung zu partizipieren, förderten des Weiteren Projekte der funktionalen Kooperation innerhalb des *East Asian Summit*. Wie bereits zehn Jahre vor Gründung des *East Asia Summit* mit der Inauguration des ASEM-Prozesses seitens der ASEAN beabsichtigt, konnte die Rivalität zwischen Japan und der VR China durch Einbindung in einen ostasiatischen Kooperationsmechanismus eingeeht werden.

Zu dieser Entwicklung trugen, neben der vertrauensbildenden Zusammenarbeit im *ASEAN Regional Forum* und im *High Council of the Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia*, der um alle Mitglieder des *East Asia Summit* erweitert wurde (Staaten mit Beobachterstatus wie die USA, Russland, Frankreich, das Vereinigte Königreich oder auch die EU sind im *High Council* nicht vertreten), auch die Errichtung einer, ostasiatischen Freihandelszone bei. Diese wurde insbesondere von Japan gefördert. Vor allem waren es aber von zivilgesellschaftlicher Seite angeregte Prozesse der intraregionalen Kooperation, die identitätsstiftend für eine asiatische Gemeinschaft wurden. Aus dieser Bewegung resultierte auch der Vorschlag für Projekte der versöhnlichen Vergangenheitsbewältigung in Südostasien, welche während des 1. ASEAN-EU-Gipfeltreffens (2012) von Indonesien und Timor-Leste sowie Deutschland, Polen und Portugal aufgegriffen wurden und zur Gründung des *EU-ASEAN Reconciliation Project* (EARP) führten. Bereits 2014 wurde das Projekt während des 11. ASEM-Gipfeltreffens in den ASEM-Prozess übernommen. Dieser Vorgang ließ erstmals die Diskussion aufkommen, ob der EU-ASEAN-Dialog langfristig in den ASEM-Prozess inkorporiert werden solle.

Beflügelt von den mit der Kooperation im wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen verbundenen Erwartungen schlug die *Asia Vision Group* im Jahr 2018 vor, daraufhin zu arbeiten, den *East Asia Summit* anlässlich seines 20. Jubiläums im Jahr 2025 in *Asia Summit* umzubenennen.

III.2 Asien der Regionen

Die hegemonialen Ambitionen von Einzelakteuren (insbesondere VR China, Japan und Indien) sowie bilaterale Regimestrukturen in Form der Zusammenarbeit im Rahmen der ASEAN+1-Mechanismen (ASEAN+VR China, ASEAN+Japan etc.) und in Form von bilateralen Freihandelsabkommen wirken Gemeinschaftsbildungsprozessen in Ostasien entgegen. Zwar gelingt es den ASEAN-Staaten, ihre Vision einer auf drei Säulen beruhenden Gemeinschaft bis zum Jahr 2020 umzusetzen, jedoch entwickelt die ASEAN im Zuge dessen keinen Vorbildcharakter für gemeinschaftsbildende Prozesse, die über Südostasien hinausgehen. Vielmehr wachsen aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Integration zwischen den ASEAN-Staaten und der VR China die Entwicklungs- und Einkommensunterschiede innerhalb der ASEAN. Während Singapur, Malaysia, Thailand und die Philippinen vom Wirtschaftswachstum auf dem chinesischen Festland profitieren und ihre Anteile am Weltexport erhöhen, wird etwa die Industrialisierungsperspektive der Staaten Indonesien, Burma/Myanmar, Kambodscha, Laos und Vietnam eingengt.

Obwohl die steigende ökonomische Interdependenz ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Zusammenarbeit in Ostasien ist, gelingt es der Gruppe der ASEAN-Staaten nicht, die wachsende wirtschaftliche Interdependenz und Konkurrenz in Ostasien institutionell aufzufangen. In diesem Zusammenhang scheitert auch die europäische Politik der normativ-institutionellen Einflussnahme auf Gemeinschaftsbildungsprozesse in Asien durch den ASEM-Prozess, die insbesondere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Voraussetzung für Vertrauensbildung und Konfliktprävention im regionalen Kontext begreift. Dieses zeigt sich exemplarisch in den unterschiedlichen Politiken Beijings und der ASEAN vis-à-vis Burma/Myanmar. Die Etablierung demokratischer Strukturen auf Grundlage der *ASEAN Charter* steht im Widerspruch zum Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, wie es etwa die Außenpolitik der VR China verfolgt, die sich auf die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz¹⁴ beruft.

14] 1. Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, 2. gegenseitiger Nichtangriff, 3. gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, 4. Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzen und 5. friedliche Koexistenz trotz unterschiedlicher Systeme.

Die steigende Kooperation zwischen den regionalen Vormächten VR China, Japan, Indien sowie der ASEAN führen zu einer Ausdifferenzierung regionaler Institutionen in Asien, nämlich ASEAN+3, dem *East Asia Summit* sowie dem *Asia-Pacific Economic Cooperation* (APEC) Forum. Diese lassen sich unterteilen in jene, die die USA mit einbeziehen, und jene, die ein so genanntes exklusives „rein asiatisches“ Teilnehmergefüge aufweisen. Vor diesem Hintergrund bleiben die zunehmenden regionalen wirtschaftlichen Interdependenzmuster gefangen im Spannungsfeld von Macht- und Gegenmachtkalkulationen einerseits und fortschreitender Institutionalisierung einer Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Kontext andererseits. Jedoch gelingt es nicht, den von einzelnen ASEAN-Staaten auf regionaler Ebene betriebenen Prozess der Integration in ein stabiles Machtgleichgewicht durch das Ausbalancieren von verschiedenen regionalen Vormächten zu überführen. Als Folge gelingt es ebenso wenig, die Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich im Rahmen des ARF zu vertiefen.

Vielmehr erweist sich die Neuorientierung der US-amerikanischen Außenpolitik auf Asien nach den Präsidentschaftswahlen von 2009 als wirkungsmächtiger als indigene regionale Gemeinschaftsbildungsprozesse, wie sie die ASEAN in Südostasien praktiziert. Dem US-amerikanischen Vorgehen liegt das Interesse Washingtons zugrunde, eine regionale Vorherrschaft der VR China innerhalb eines exklusiven asiatischen Regionalismus zu verhindern. Instrument dieser Politik ist der APEC-Prozess. Eine multiregionale Ordnungsarchitektur, die von der politischen Rivalität zwischen der VR China, Japan, Indien und ASEAN geprägt ist, existiert daher parallel mit der sich im Zuge der von den USA initiierten APEC-weiten Freihandelszone. Trotz insgesamt positiver wirtschaftlicher Wachstumsentwicklung innerhalb der APEC (Indien ist der APEC 2010 beigetreten) bedingt jedoch die chinesisch-US-amerikanische Rivalität um die Vorherrschaft in Asien-Pazifik auch noch im Jahr 2020 eine Blockade der Gemeinschaftsbildungsprozesse zwischen den ASEAN-Staaten, der VR China, Indien und Japan.

IV. Handlungsoptionen

IV.1 Interregionale Politik verstärken

Es sollte ein Ziel der deutschen Politik gegenüber Südostasien sein, die Regionalisierungsdynamik in Ostasien zu fördern und an den unterschiedlichen Foren und Formate, in denen sich diese ausdrückt, teilzunehmen. Vor diesem strategisch-ordnungspolitischen Hintergrund gilt es, die Handlungsoptionen deutscher Außenpolitik vis-à-vis Südostasien zu formulieren. Diese bewegen sich im Spannungsfeld zwischen bilateralen, regionalen, interregionalen und globalen Institutionen.¹⁵ Aus Sicht der Bundesregierung ergibt sich die Aufgabe, sowohl im bilateralen als auch im multilateralen Rahmen auf innenpolitische und regionale Entwicklungsprozesse in Südostasien Einfluss zu nehmen. Hierbei stehen der politische Dialog, die Entwicklungszusammenarbeit sowie die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen als Instrumente zur Verfügung. Insbesondere interregionale Instrumente bieten sich verantwortlichem Regierungshandeln hierfür an. Das ASEAN-Sekretariat mahnt, dass das Entwicklungsgefälle der in der ASEAN vertretenden Volkswirtschaften eine weitergehende Umsetzung der Integrationsziele der ASEAN gefährdet. Angesichts dessen sollte die EU, die die regionale Kooperation der ASEAN seit dem Jahr 2000 mit 80 Millionen Euro im Bereich der technischen Unterstützung gefördert hat, den Abbau des Entwicklungsgefälles innerhalb der ASEAN-Staaten zu einem Schwerpunkt ihre Entwicklungshilfe machen.

IV.2 ASEAN als ein zentraler Partner Europas in Asien

Obwohl es ein erklärtes Ziel der europäischen Asienpolitik ist, den ASEAN-EU-Dialog zum „Motor“ der Beziehungen zwischen Asien und Europa bzw. „die Achse EU-ASEAN“ zum Motor des ASEM-Prozesses zu machen, kommt der ASEAN diese Funktion bisher nicht zu. Auf welche Weise die Teilnahme des ASEAN-Sekretariats am ASEM-Prozess das Verhältnis von Machtbalance und Gemeinschaftsbildung in Ostasien beeinflussen wird, bleibt zunächst abzuwarten. In diesem Zusammenhang sollte die deutsche Südostasienpolitik auf eine Intensivierung des ASEAN-EU-Dialogs hinwirken. Asiatische Stimmen wie die des designierten ASEAN-Generalsekretärs und ehemaligen thailändischen Außenministers Surin Pitsuwan weisen eindringlich auf die Notwendigkeit hin, dass Tokio und Beijing einander „entgegenkommen und sich einander anpassen“ müssen, um Sicherheit und Stabilität in der ostasiatischen Region langfristig gewähren zu können.¹⁶ Die EU, so Pitsuwan, ist in dieser Hinsicht beispielgebend als Kooperations- und Integrationsmodell für Ostasien. Vor diesem Hintergrund vermögen Deutschland und die EU ihre Interessen in Südostasien am besten im Rahmen eines interregionalen Politikansatzes umzusetzen.

IV.3 Eine *Public Diplomacy* Strategie für Südostasien

Die aus dem Modellcharakter der EU resultierende *Soft Power* gilt es zu nutzen. In letzter Konsequenz ist es auch der Erfolg der Europäer, mittels regionaler Zusammenarbeit und Integration eine Sicherheitsgemeinschaft geschaffen zu haben, die innerhalb der Grenzen der Europäischen Union zwischenstaatliche Kriege undenkbar gemacht hat, der die EU zu einem wichtigen Partner der ASEAN macht. Diese strategisch-ordnungspolitische Dimension ergänzt die wirtschaftliche Dimension der Zusammenarbeit. Beide Dimensionen bedingen sich wechselseitig und beschreiben das besondere Verhältnis, das EU und ASEAN verbindet. Um das damit verbundene Machtpotential ausschöpfen zu können, sollten die

15] Siehe Bersick, Sebastian, Auf dem Weg in eine neue Weltordnung? Zur Politik der interregionalen Beziehungen: Das Beispiel des ASEM-Prozesses. Baden-Baden 2003.

16] Pitsuwan, Surin, verbaler Konferenzbeitrag, International Workshop on Global Governance, 24. January 2007, Shanghai, The Fifth Shanghai Workshop on Global Governance, „Current Situation and Future Prospects of Asia-Europe Security Cooperation“, jointly organized by the Shanghai Institute for International Studies (SIIS) and the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Shanghai. Beobachtung des Verfassers.

EU und Deutschland stärker ins öffentliche Bewußtsein der Bevölkerungen Südostasiens treten. Europa braucht eine *Public Diplomacy* Strategie für Südostasien.

IV.4 ASEAN-EU-Beziehungen institutionell aufwerten

Die ASEAN-EU-Beziehungen sollten zu einer strategischen Partnerschaft erklärt und ausgebaut werden. Die sich in der verstärkten institutionellen Zusammenarbeit ausdrückende Aufwertung der Beziehungen spiegelt die veränderte regionale wirtschaftliche und sicherheitspolitische Architektur Asiens wieder. Zwischen der VR China und der ASEAN existiert diese bereits. Die EU sollte dem nicht nachstehen und ihr wachsendes Gewicht in der Region vertreten. Des Weiteren sollte der Hohe Repräsentant der GASP regelmäßig an den ASEAN-EU-Ministertreffen sowie ASEM-Außenministertreffen teilnehmen. Javier Solana nahm auf Anregung der deutschen Ratspräsidentschaft erstmalig im März 2007 an Ersterem teil und partizipierte ebenso am ASEM-Außenministertreffen in Hamburg im Mai 2007.

Die ASEAN-EU-Treffen auf der Ebene der Außen- und Wirtschaftsminister sollten durch Treffen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs ergänzt werden. In diesem Zusammenhang kann der ASEAN-EU-Dialog die institutionelle Infrastruktur des ASEM-Prozesses nutzen und *back-to-back* zu den ASEM-Gipfeltreffen ein ASEAN-EU-Gipfeltreffen abhalten. Die erste Gelegenheit bietet sich 2008 anlässlich des 7. ASEM-Gipfeltreffens in Beijing. Dieses Verfahren kann auch auf weitere Politikbereiche ausgedehnt werden. Da alle europäischen und ASEAN-Vertreter bei den ASEM-Ministertreffen der jeweiligen Ressorts, wie etwa Umwelt, Kultur oder auch Arbeit und Soziales, anwesend sind, kann die Diversifizierung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der EU und ASEAN auf diese Weise maßgeblich ausgebaut und neue Impulse gegeben werden. Auch würde dies gegenüber den südostasiatischen Staaten einen wichtigen Vertrauensbeweis darstellen.

IV.5 Politische Zusammenarbeit intensivieren

Mit der unter deutscher Ratspräsidentschaft verfassten Erklärung von Nürnberg zur vertieften Zusammenarbeit und der erklärten Absicht, noch im Jahr 2007 einen ASEAN-EU-Aktionsplan zur Umsetzung der neuen Politikziele zu adoptieren, konnte den Beziehungen der EU zur Region Südostasien wichtige neue Impulse gegeben werden. Auf dem „Nürnberger Schub“ aufbauend, sollte die deutsche Außenpolitik sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Europäisierung der politischen Zusammenarbeit mit der südostasiatischen Region vertieft und erweitert wird. Die EU sollte ihre Rolle als Dialogpartner der ASEAN, ihre Teilnahme an den *Post Ministerial Conference Meetings* (PCM) sowie am ASEAN Regional Forum (ARF) gezielt nutzen, um Europas Interessen in der Region zu vertreten. Mit der erstmaligen Teilnahme Sri Lankas im Juli 2007 nehmen am ARF nunmehr 27 Staaten an dem multilateralen Sicherheitsforum teil, zu dem es bisher keine Alternative gibt. Als ältester Dialogpartner der ASEAN kommt der EU darüber hinaus eine besondere Rolle zu. Die daraus resultierende Gestaltungsmacht kann auch im Rahmen des ASEM-Prozesses genutzt werden, etwa hinsichtlich der Abstimmung und Formulierung von gemeinsamen Positionen in internationalen Gremien, insbesondere im Bereich der Klimapolitik. Koordinierung zur anstehenden Tagesordnung der Generalversammlung sowie des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen sind ebenso Felder der Zusammenarbeit wie die gemeinsame Entwicklung von Nachhaltigkeitsmodellen zur erfolgreichen Umsetzung der AGENDA 21 in den Bereichen wirtschaftlicher Entwicklung, Erhaltung der Umwelt, Entwicklung erneuerbarer Energien, verantwortliches Ressourcen-Management, Behebung sozialer Ungleichgewichte und politischer Partizipation. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang ebenso die Unterstützung bei der Implementierung des

Peking-Prozesses zur Durchsetzung von Frauenrechten sowie die Weiterentwicklung der Medien auf der Grundlage der *Bangkok Declaration* aus dem Jahr 2003¹⁷.

Eine neue Entwicklung stellt das Interesse der Europäer dar, am *East Asia Summit* teilzunehmen. Eine Vorbedingung ist es hierbei, der *Treaty of Amity and Cooperation* (TAC) beizutreten, wie dies bereits zahlreiche regionale und extraregionale Akteure getan haben (VR China und Indien 2003, Japan und Pakistan sowie Russland und die Republik Korea 2004, die Mongolei, Neuseeland sowie Australien 2005). Die EU sollte jedoch als geeinter Akteur der TAC beitreten. Deutschland sollte sich in diesem Zusammenhang dafür einsetzen, dass es nicht zu einer entgrenzten Teilnahme von EU-Mitgliedstaaten kommt. Frankreich ist der TAC 2006 beigetreten und das Vereinigte Königreich bereitet den Beitritt vor. Eine solche Entwicklung kann eine Renationalisierung der interregionalen Südostasienpolitik der EU in Gang setzen bzw. Vorschub leisten. Deutschland sollte sich diesem Vorgehen nicht anschließen, sondern die Europäisierung der Südostasienpolitik auch weiterhin betreiben und intensivieren.

IV.6 Wirtschaftliche Dimension der Globalisierung gestalten

Im Bereich der Wirtschaftskooperation sollte die Erleichterung des Handelsaustauschs zwischen den beiden Regionen im Vordergrund stehen; ebenso die Erhöhung von Direktinvestitionen, die Diskussion von WTO-Fragen und Freihandelsabkommen sowie die weitergehende Optimierung der im *Asia-Europe Business Forum* (AEBF) eingesetzten Ressourcen. Hierbei stehen neben deutschen zivilgesellschaftlichen Partnern wie etwa dem Asienhaus in Essen, welches Mitglied des *International Organizing Committee des Asia-Europe Peoples' Forum* (AEPF) ist, ebenso der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA) als zentrale Ansprechpartner der deutschen Regierung zur Verfügung.

IV.7 Zivilgesellschaft einbinden

Deutsche und europäische Südostasienpolitik sollte die von Seiten der Zivilgesellschaften erarbeiteten Politikinhalt verstärkt nutzen. Die Kritik an einer beabsichtigten EU-ASEAN-FTA bzw. an Freihandelsabkommen der EU mit einzelnen ASEAN-Mitgliedern, wie sie von asiatischen und europäischen zivilgesellschaftlichen Akteuren bereits formuliert wird, kann auf diese Weise in den politischen Gestaltungs- und Verhandlungsprozess eingespeist werden. Darüber hinaus sollte ein Track-two-Dialog geführt werden über das Konzept eines „alternativen Regionalismus“, wie es von zivilgesellschaftlicher Seite im ASEAN-Kontext, aber auch im Rahmen des AEPF- und somit des nichtoffiziellen ASEM-Prozesses entwickelt wird.

IV.8 Dialog der Religionen und Kulturen verstetigen

Im Bereich der kulturellen Kooperation sollte die Weiterentwicklung des interregionalen Austauschs und der Verständigung von Entscheidungsträgern und Multiplikatoren ein zentrales Politikziel bilden. Ebenso sollten kulturelle Austauschprogramme, der Jugend- und Studentenaustausch sowie besondere Programme zur Tourismusförderung im Vordergrund stehen. EU und ASEAN sollten, aufbauend auf dem im Rahmen des ASEM-Prozesses und der *Asia-Europe Foundation* (ASEF) institutionalisierten *Inter-faith Dialogue*, eine Weiterentwicklung des Dialogs der Kulturen umsetzen.

IV.9 Soziale Dimension der Globalisierung aufbauen

17] Siehe zur First Conference of the Ministers on Information & Broadcasting in the Asia-Pacific Region: http://www.aibd.org.my/the_institute/profile/bangkok_declaration.html. Zugriff: 17.03.2007.

Um eine erfolgreiche Institutionalisierung einer sozialen Säule im ASEM-Prozess zu ermöglichen, sollte die deutsche Außenpolitik auch den ASEAN-EU-Dialog nutzen. Hierbei bietet sich etwa die Einbeziehung von asiatischen zivilgesellschaftlichen Akteuren an, die im Rahmen der *ASEAN Civil Society Conference* (ACSC) organisiert sind. Eine Übertragung der Inhalte einer noch zu verabschiedenden *ASEAN Social Charter*, also soziale Sicherheit, Fragen der Qualifizierung, Gleichstellung im Arbeitsleben, Schutz von Wanderarbeit, Abschaffung der Kinderarbeit, Dialog der Sozialpartner und stabile Arbeitsbeziehungen, auf den ASEM-Prozess ist anzustreben. Im Zuge dessen sollte es das Ziel sein, eine *ASEM Social Charter* zu entwickeln und umzusetzen. Eine derartige umfassende Weiterentwicklung der sozialen Dimension im asiatisch-europäischen Dialog sollte insbesondere die Einhaltung von ILO-Konventionen und etwa Kernarbeitszeitnormen zum Ziel haben.

IV.10 Parlamente einbeziehen

Zur Stärkung des interregionalen Dialogs sollte eine gemeinsame Parlamentarische Versammlung ähnlich der EUROLAT-Versammlung gegründet werden. Diese kann dazu beitragen, die Zusammenarbeit der Regierungen transparenter zu machen und einer parlamentarischen Kontrolle zu öffnen. Die zu gründende EUROASEAN-Versammlung könnte den Kern bilden für eine zukünftige Asien-Europa Parlamentarische Versammlung (EUROASIA-Versammlung). Ein solches Projekt kann auf die Erfahrung aus dem Asia-Europe Parliamentary Partnership Meeting (ASEP) im Rahmen des ASEM-Prozesses aufbauen, welches im vergangenen Jahr zum vierten Mal abgehalten wurde.

IV.11 Transatlantische Dimension berücksichtigen

Da die EU und ihre Mitgliedstaaten im Rahmen des ASEAN-EU-Dialogs und des ASEM-Regimes die Entstehung eines asienbasierten Kooperationsmodells unterstützen, ist die Frage der Ausgestaltung von Regionalisierungsstrategien und der Einbindung von regionalen Vormächten – und insbesondere der VR China – von zentraler strategischer Bedeutung für die wirtschafts- und sicherheitspolitische Architektur Asiens im 21. Jahrhundert. Die Politiken der EU und der USA verfolgen in dieser Hinsicht bisher unterschiedliche Ausrichtungen. Die deutsche Regierung sollte deshalb federführend daraufhin wirken, dass die europäischen Interessen – sowie die US-amerikanischen Interessen – in Asien auch im Rahmen der transatlantischen Partnerschaft erörtert und gegebenenfalls abgestimmt werden. Ein solcher Dialogprozess sollte nicht nur auf offizieller Ebene, sondern auch auf der Track-two-Ebene im transatlantischen Kontext institutionalisiert werden.

Über die Autoren: Sebastian Bersick ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Paul Pasch ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Malaysia.

Kompass 2020

Deutschland in den internationalen Beziehungen

Ziele, Instrumente, Perspektiven

- Reinhard Krumm, „Zentralasien – Kampf um Macht, Energie und Menschenrechte“, Januar 2007
 - Britta Joerißen, „Der Balkan – Von Krieg, Frieden und Europa“, Januar 2007
 - Andrä Gärber, „Der Nahe/Mittlere Osten und Nordafrika – Die blockierte Region am Scheideweg“, Januar 2007
 - Hans J. Gießmann, „Abrüstung, ade? Orientierungspunkte deutscher Rüstungskontrollpolitik“, Januar 2007
 - Wolfgang Hein, „Global Health – ein Politikfeld von unterschätzter Bedeutung“, Februar 2007
 - Jürgen Stetten, „Multilaterale Institutionen - neue Allianzen bilden, globale Probleme lösen“, Februar 2007
 - Michael Dauderstädt & Christian Kellermann, „Die Risiken der Weltwirtschaft kontrollieren – Deutschlands Rolle“, Februar 2007
 - Matthes Buhbe, „Grundzüge einer deutschen Russland-Strategie“, März 2007
 - Christos Katsioulis & Gero Maaß, „Europäische Integration – Zukunftsperspektiven als Sicherheits- und Wohlfahrtsunion“, März 2007
 - Michèle Auga, „Krisen und Kriege in der entgrenzten Welt – Anforderungen an eine deutsche Friedenspolitik“, März 2007
 - Richard Mörbel & Sönke Schmidt, „Verhütung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität – Handlungsperspektiven aus deutscher und europäischer Sicht“, April 2007
 - Erfried Adam, „Menschenrechte und internationale Sozialpolitik – Grenzen der Anarchie der Macht“, April 2007
 - Wolf Grabendorff, „Lateinamerika – Viel Demokratie, wenig Staat und kaum sozialer Fortschritt“, April 2007
 - Ernst Hillebrand, „Zu viele oder zu wenige? – Demographische Entwicklung und internationale Migration“, April 2007
 - Thomas Meyer, „Religion und Politik – ein neu belebtes Spannungsfeld“, April 2007
 - Ulrich Golaszinski, „Subsahara-Afrika – die Wiederentdeckung eines Kontinents“, Mai 2007
 - Stefanie Flechtner, „In neuer Mission – Auslandseinsätze und die deutsche Sicherheitspolitik“, Mai 2007
 - Michael Ehrke, „Die Europäische Union und der postkommunistische Raum: Integration, europäische Nachbarschaftspolitik und strategische Partnerschaft“, Mai 2007
 - Bernd Reddies, „China – Kampf um Augenhöhe und Stabilisierung“, Mai 2007
 - Marika Lerch, „Demokratie im Aufwind? – Außenpolitische Strategien der Demokratieförderung“, Juni 2007
 - Almut Wieland-Karimi, „Die transatlantischen Beziehungen – Der Westen gemeinsam auf dem Weg zu neuen Ufern“, Juni 2007
 - Hermann E. Ott, „Internationale Klimapolitik 2020 – Herausforderung für die deutsche (Umwelt-) Außenpolitik“, Juli 2007
 - Dietmar Dirmoser, „Energiesicherheit“, August 2007
 - Peter Gey, Matthias Jobelius & Renate Tenbusch, „Indien – Herausforderungen auf dem Weg zur Weltmacht“, September 2007
 - Sebastian Bersick & Paul Pasch, „Südostasien – Zur Zukunft der deutschen Außenbeziehungen“, November 2007
-
- Jochen Steinhilber, „Kompass 2020 – Deutschland in den internationalen Beziehungen. Ziele, Instrumente, Perspektiven“, Oktober 2007

- Terrorismus

